



Stadt Leverkusen

Anträge Nrn. 2025/3290, 2025/3291, 2025/3292,
2025/3302, 2025/3305, 2025/3306,
2025/3307, 2025/3317, 2025/3352,
2025/3353

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

28.05.2025

Datum

| Beratungsfolge | Datum | Zuständigkeit | Behandlung |
|--|--------------|----------------------|-------------------|
| Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt | 12.06.2025 | Beratung | öffentlich |
| Finanz- und Digitalisierungsausschuss | 23.06.2025 | Beratung | öffentlich |
| Rat der Stadt Leverkusen | 07.07.2025 | Entscheidung | öffentlich |

Betreff:

Aufenthaltstitel digital beantragen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2025
- Antrag Nr. 2025/3290

Meldebescheinigungen vollelektronisch beantragen und ausstellen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2025
- Antrag Nr. 2025/3291

Schneller und bequemer zum neuen Ausweis

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2025
- Antrag Nr. 2025/3292

Digitale Beantragung und Ausstellung von Fischereischeinen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2025
- Antrag Nr. 2025/3305

Reitkennzeichen und -plaketten: Einführung eines Online-Portals und Jahresabonnements

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2025
- Antrag Nr. 2025/3307

| Beratungsfolge | Datum | Zuständigkeit | Behandlung |
|--|--------------|----------------------|-------------------|
| Finanz- und Digitalisierungsausschuss | 23.06.2025 | Beratung | öffentlich |
| Rat der Stadt Leverkusen | 07.07.2025 | Entscheidung | öffentlich |

Einführung der internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz)

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.04.2025
- Antrag Nr. 2025/3302

Einführung der digitalen Anmeldung der Hundesteuer und einer digitalen Hundesteuer-marke (QR-Code)

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2025
- Antrag Nr. 2025/3306

Online-Portal zur Anmeldung, Änderung und Abmeldung von Abfallgefäßen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.05.2025
- Antrag Nr. 2025/3352

Einführung: Vollständiger Digitaler Führerscheinantrag

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.05.2025
- Antrag Nr. 2025/3353

| Beratungsfolge | Datum | Zuständigkeit | Behandlung |
|--|--------------|----------------------|-------------------|
| Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren | 16.06.2025 | Beratung | öffentlich |
| Finanz- und Digitalisierungsausschuss | 23.06.2025 | Beratung | öffentlich |
| Rat der Stadt Leverkusen | 07.07.2025 | Entscheidung | öffentlich |

Einführung Online-Portal Pflegewohngeld

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.05.2025
- Antrag Nr. 2025/3317

- Stellungnahme der Verwaltung vom 28.05.2025

Dez. II
Natalie Singh
Tel.: 24 04

28.05.2025

01

- über Herrn Beigeordneter Lünenbach
- über Herrn Beigeordneter Molitor
- über Herrn Oberbürgermeister Richrath

gez. Lünenbach
gez. Molitor
gez. Richrath

**Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2025 bis 15.05.2025
- Stellungnahme der Verwaltung vom 28.05.2025**

Fachliche Einschätzung:

Bezugnehmend auf die o. g. Anträge nimmt die Stadtverwaltung wie folgt Stellung:

Das 2017 in Kraft getretene Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet die Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen, Verwaltungsleistungen auch elektronisch anzubieten und sich zu einem Portalverbund zusammenzuschließen. Im Juni 2024 wurde der Fokus durch das OZG-Änderungsgesetz auf medienbruchfreie, Ende-zu-Ende-digitalisierte Prozesse erweitert.

Die Stadtverwaltung Leverkusen hat mit der Gründung des Fachbereichs Digitalisierung im April 2021 mit der operativen Umsetzung des OZG und der systematisierten Einführung von Online-Diensten begonnen. Seitdem wurde das Kommunalportal.NRW in Betrieb genommen, wodurch die Stadtverwaltung Leverkusen am Portalverbund teilnimmt und somit einen wichtigen Schritt zur Erfüllung des OZG vollzogen hat. Damit einhergehend wurde auch ein eigener Formular-Server (Form-Solutions) zur Nachnutzung, Anpassung oder Neuentwicklung von Online-Formularen beschafft und ein ePayment-System (ePayBL) eingeführt. Zur Entwicklung eigener Online-Verfahren, insbesondere in den Bereichen der Öffentlichkeitsbeteiligung, erfolgte die Inbetriebnahme des Portals Beteiligung.NRW.

Des Weiteren ist die Stadtverwaltung Leverkusen der d-NRW AöR beigetreten, um Einer-für-Alle-Dienste (EfA) vergabefrei nachnutzen zu können. Auf organisatorischer Ebene wurde zudem eine IT-Projektmanagement-Methodik entwickelt und ein Kompetenzteam im FB Digitalisierung aufgebaut, das die OZG-Umsetzung gesamtstädtisch steuert sowie für die Entwicklung und den Betrieb von Online-Portalen verantwortlich ist.

Somit wurden in den letzten vier Jahren wesentliche Grundsteine gelegt, um die ca. 190 OZG-Leistungen in Zuständigkeit der Stadt Leverkusen sukzessive digitalisieren zu können.

OZG-Projekte in Umsetzung

Nach aktuellem Stand sind 41 OZG-Leistungen in Leverkusen umgesetzt, so dass eine digitale Beantragung der Leistungen für Bürger*innen, Organisationen und/oder Unternehmen möglich ist (s. Anlage).

Weitere 12 OZG-Leistungen sind Teil aktueller Umsetzungsprojekte: „Hilfe zum Lebensunterhalt“, „Bildungszugang“, „Bauleitplanung“, „Anlagengenehmigung und -zulassung“, „Ausnahmegenehmigungen für die StVO“, „Parkausweise für Betriebe“, „Aufenthaltstitel“ (Antrag Nr. 2025/3290), „Kraftfahrzeugzulassung, -um- und Abmeldung (i-Kfz)“ (Antrag Nr. 2025/3302), „Führerschein“ (Antrag Nr. 2025/3353).

- Seit November 2024 wird das Projekt „Aufenthaltstitel“ durchgeführt. Dabei erfolgt eine Einführung des EfA-Dienstes inklusive einer Anbindung an das Fachverfahren. Im Projekt ist es zu unvorhergesehenen Verzögerungen im Rahmen der Auftragsklärung durch die ivl GmbH gekommen. Der Projektabschluss ist zum jetzigen Stand für dieses Jahr vorgesehen.
- Seit Juli 2023 wird das Projekt „i-Kfz Stufe 4“ durchgeführt. Bis dahin war bereits die Wunschkennzeichenreservierung online möglich. Zur vollumfänglichen Nutzung der internetbasierten Kraftfahrzeugzulassung (i-Kfz) ist ein ePayment-System notwendig. Daher wurden alle vorbereitenden Maßnahmen für das Projekt umgehend nach Einführung und Implementierung des ePayment-Systems im Mai 2023 getroffen.

Im November 2023 konnte die technische Einrichtung des EfA-Dienstes abgeschlossen und der Online-Dienst erfolgreich getestet werden. Im Zuge dessen wurde die sogenannte „Großkundenschnittstelle“ für Unternehmen in Betrieb genommen. Eine vollumfängliche Inbetriebnahme von i-Kfz für die Bürger*innen war bisher nicht möglich, da der ivl GmbH eine dauerhafte Zertifizierung durch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) fehlt. Diese benötigt die ivl GmbH, da sie das Fachverfahren hostet und somit elektronische Kommunikationswege zu i-Kfz und zum KBA unterhält. Die ivl GmbH arbeitet mit höchster Priorität an einer Lösung und prognostiziert einen Abschluss für August 2025.

Die Nutzungszahlen aus anderen Kommunen zeigen, dass i-Kfz bisher nur für einen kleinen Teil der Zulassungsverfahren durch Bürger*innen genutzt wird. Eine Evaluierung der Bearbeitungszeiten in der Zulassungsstelle Leverkusen hat zudem ergeben, dass durch die Bearbeitung der Online-Anträge aus der i-Kfz-Großkundenschnittstelle im Vergleich zur Antragstellung vor Ort keine Reduzierung der Bearbeitungszeit erzielt wird.

Über das Projekt wird laufend im Arbeitskreis Digitalisierung berichtet, zuletzt am 06.03.2025.

- Seit Februar 2025 wird das Projekt „Führerschein“ durchgeführt. Im ersten Schritt sollen die drei Antragswege „Erstantrag“, „Begleitetes Fahren“ und „Erweiterung“ des EfA-Dienstes eingeführt werden. Der Projektabschluss ist für dieses Jahr vorgesehen.

Für die übrigen sieben Antragsstrecken (darunter „Pflichtumtausch“) bietet der Fachverfahrenshersteller zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Schnittstelle an,

dementsprechend werden diese Antragswege nach einer entsprechenden Weiterentwicklung in einem Folgeprojekt eingeführt.

Bisher ist die Stadt Köln die einzige Kommune in NRW, die eine Antragsstrecke des EfA-Dienstes online anbietet. Mögliche Gründe dafür sind die fehlerhafte oder fehlende Entwicklung der Schnittstellen und die verspätete Bereitstellung eines zentralen XTA-Servers in NRW. Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) NRW hat dazu alle NRW-Kommunen um Stellungnahmen gebeten und befindet sich in der Evaluierung. Zusammen mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) NRW und der d-NRW AöR wird geprüft, ob der EfA-Dienst in NRW ab 2026 weiterhin angeboten und finanziert wird. Eine alternative Lösung existiert unter den technischen Rahmenbedingungen für die Stadtverwaltung Leverkusen aktuell nicht.

OZG-Projekte in Planung

Folgende Projekte befinden sich in Vorbereitung und starten voraussichtlich in diesem Jahr: „Bescheinigung für Geringverdiener“, „Feinstaubplakette“, „Bibliotheks- und Archivrangefote“, „Meldebescheinigung und –registerauskunft“ (Antrag Nr. 2025/3291), „Einbürgerung“, „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, „Leistungen nach AsylbLG“, „Bedarf für Bildung und Teilhabe“, „Hygienebelehrung“.

Die Priorisierung und Durchführbarkeit von Projekten wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst:

- Steht eine technische Lösung zur Nachnutzung zur Verfügung? Falls nicht, ist die Stadtverwaltung in der Lage, eine eigene Lösung zu entwickeln oder eine Lösung unter Aspekten der Wirtschaftlichkeit zu erwerben?
- Ist die technische Lösung kompatibel mit dem Fachverfahren? Stellt das Fachverfahren bereits eine Schnittstelle zur Verfügung oder wird diese noch entwickelt?
- Wie hoch sind die Fallzahlen?
- Wie dringend ist der Bedarf nach einer digitalen Lösung aus Sicht der Endnutzenden? Wie dringend ist der Bedarf aus Sicht der Verwaltung?
- Gibt es externe Faktoren, die zu beachten sind, z.B. auslaufende Fördermittel, Gesetzgebungen, landesweite Roll-Outs?
- Steht im zuständigen Fachbereich sowie in den mitarbeitenden Fachbereichen Personal für ein Umsetzungsprojekt zur Verfügung?

Auf Basis dessen wird eine laufende Priorisierung der Projekte vorgenommen, um auf neue Entwicklungen reagieren zu können. So konnte beispielsweise das Projekt zur elektronischen Wohnsitzanmeldung zuletzt kurzfristig umgesetzt werden.

Für die folgenden OZG-Leistungen gibt es aus verschiedenen Gründen zum aktuellen Zeitpunkt noch kein konkretes Umsetzungsdatum. Die Umsetzungsmöglichkeiten werden laufend geprüft und eine Umsetzung für die kommenden Jahre geplant.

- Fischereischein (Antrag-Nr. 2025/3305): In NRW wurde ein EfA-Dienst entwickelt, welcher kompatibel mit dem genutzten Fachverfahren ist. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen allerdings noch keine Informationen dazu vor, wie der Dienst nachgenutzt werden kann. Eine Nachnutzung wird schnellstmöglich angestrebt.

- Hundesteuer (Antrag-Nr. 2025/3306): Der EfA-Dienst befindet sich noch in Entwicklung. Sobald die Nachnutzung möglich ist, wird das Projekt in die weitere Planung aufgenommen.
- Reitkennzeichen (Antrag-Nr. 2025/3307): Der Online-Dienst mit Anbindung an das in Leverkusen genutzte Fachverfahren wurde in NRW zentral durch die nextgov iT GmbH entwickelt. Bisher gibt es anders als bei den übrigen EfA-Diensten kein landesweites Nachnutzungsmodell, um den Online-Dienst zu vergünstigten Konditionen nachnutzen zu können. Eine Nachnutzung des Online-Dienstes wird angestrebt, die Stadtverwaltung befindet sich vor dem Hintergrund der Haushalts-situation allerdings noch in Klärung des Vertragskonstruktes und der Preismodalitäten.
- Pflegewohngeld (Antrag-Nr. 2025/3317): Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) NRW entwickelt seit 2024 einen EfA-Dienst. Eine Nachnutzung ist voraussichtlich ab Juni 2025 möglich. Das Projekt wird dann in die weitere Planung zur Umsetzung aufgenommen.
- Abfallentsorgung (Antrag-Nr. 2025/3352): Die Nachnutzung einer Lösung in Abwägung zur Entwicklung einer eigenen Lösung für einen Online-Dienst befindet sich aktuell noch in Prüfung. Das Projekt wird dann in die weitere Planung zur Umsetzung aufgenommen.

Weitere Projekte zur Verbesserung des Bürgerservice

Neben der Einführung von Online-Diensten prüft die Stadtverwaltung auch weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Bürgerservice im Rahmen der Prozessoptimierung. Dabei wurde zum einen die fehlende Informationsweitergabe zur Abholung von Ausweisen an Bürger*innen identifiziert (Antrag-Nr. 2025/3292). Hier arbeitet die Stadtverwaltung gemeinsam mit der ivl GmbH an einer kurzfristigen Lösung, so dass Bürger*innen per E-Mail benachrichtigt werden, wenn der Ausweis zur Abholung vorliegt. In einem Folgeprojekt wird die Einführung einer Software zur Statusabfrage geprüft.

Neben der Abholung ist es seit dem 01.05.2025 gesetzlich festgelegt, dass auch ein Versand der Ausweisdokumente (Personalausweis, Reisepass, eID für Unionsbürger*innen) auf Wunsch der Bürger*innen erfolgen kann. Dies wurde zum 01.05.2025 umgesetzt (Antrag-Nr. 2025/3292).

Die Möglichkeit zur Nutzung einer Dokumentenausgabebox für Ausweisdokumente befindet sich zusätzlich ebenfalls in Prüfung (Antrag-Nr. 2025/3292). Die Problematik der Umsetzung ergibt sich hier u.a. aus dem Standort der Ausgabebox. Diese muss an einem überwachten Standort platziert werden. Einen potentiellen Standort sieht die Abteilung 331 in einem videoüberwachten 24-Stunden-Verkaufsgeschäft in den Luminaden, bei welchem bereits eine DHL Paketstation aufgestellt ist.

Haushaltsrelevanz/Mittelverfügbarkeit:

Die Haushaltsmittel für die OZG-Projekte stehen gebündelt im Fachbereich Digitalisierung zur Verfügung.

Unabweisbarkeit aus Sicht der Verwaltung begründbar: Ja Nein

Fazit:

Die Stadtverwaltung Leverkusen hat es sich zum Ziel gesetzt, durch die Digitalisierung neben einem verbesserten Service und mehr Transparenz für Bürger*innen auch eine erhöhte Effizienz und eine Entlastung der Mitarbeitenden zu erreichen. Dies gelingt nur durch optimierte Arbeitsabläufe und möglichst medienbruchfreie, Ende-zu-Ende-digitale Prozesse. Daher ist die Stadtverwaltung an vielen Stellen abhängig von der zentralen Bereitstellung der technischen Lösungen.

Zudem sind die Ziele mit der Einführung eines Online-Dienstes nicht abschließend erfüllt. Nach der Einführung müssen die Online-Dienste sowie die Arbeitsabläufe fortlaufend evaluiert und optimiert werden, was sich auf die Projektdauer und die Bindung von personellen Ressourcen auswirkt. Die Notwendigkeit zeigt sich u.a. aus den ersten Ergebnissen der Nationalen Feedback-Komponente (s. <https://dashboard.digitale-verwaltung.de/>). In den drei übermittelnden Bundesländern wurde die Einfachheit der genutzten Verfahren durch die Nutzenden mit 1,9 von 5 Sternen bewertet (Zeitraum Januar bis März 2025).

Im Rahmen der Bereitstellung der elektronischen Wohnsitzanmeldung in Leverkusen hat sich außerdem gezeigt, dass eine umfassende Testphase notwendig ist, um eine möglichst hohe Fehlerfreiheit und Nutzerzufriedenheit zu gewährleisten sowie Ausfallzeiten zu minimieren. Aufgrund der Abhängigkeit von IT-Dienstleistern kann dies unter Umständen zu Verzögerungen und Änderungen in der Projektplanung führen. Positive Auswirkungen sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Bürger*innen lassen sich mit Online-Diensten nur erzielen, wenn diese durch ihre Benutzerfreundlichkeit und Anwendbarkeit auch frequentiert genutzt werden.

In den Bereichen, in denen keine Abhängigkeit durch Externe besteht, engagiert sich die Stadtverwaltung bereits in der Entwicklung von eigenen Lösungen. So konnte zuletzt für die Bundestagswahl ein Online-Verfahren für die Anmeldung von Wahlhelfenden auf dem Portal Beteiligung.NRW entwickelt werden. Leverkusen war damit Vorreiter in NRW.

Digitalisierung in Verbindung mit Finanzen, Umwelt, Bürger und Integration, Ordnung und Straßenverkehr, Soziales

Anlagen

- Übersicht der umgesetzten OZG-Leistungen (Stand 23.05.2025)

Übersicht der umgesetzten OZG-Leistungen (Stand 23.05.2025)

| OZG-Leistung | Zuständiger FB/ zuständiges Dezernatsbüro |
|--|---|
| Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände | FB 36 |
| Altlasten- und Bodenschutzkataster | FB 32 |
| Anzeige grenzüberschreitender Erbringung von Dienstleistungen | FB 36 |
| Arzneimittelherstellung, -zulassung und -vertrieb | FB 53 |
| Ausbildungsförderung (BAföG) | FB 51 |
| Ausnahmegenehmigungen von Sperrzeit und Nachruhe | FB 36 |
| Bereitstellung von Bodenrichtwerten und Grundstücksmarktberichten | FB 62 |
| Betriebsfortführungsgestattung | FB 36 |
| Bewohnerparkausweis | FB 36 |
| Bildungszugang | FB 40 |
| Brauchumsfeuer | FB 32 |
| Bundesstiftung Frühe Hilfen (Kinder-/Jugendschutz) | FB 51 |
| Ehe- und Lebenspartnerschaftsurkunde | FB 33 |
| Einzelbetriebserlaubnis für Fahrzeuge und Fahrzeugteile | FB 36 |
| Elektronischer Bestellprozess | FB 30 |
| Elterngeld | FB 50 |
| Emissionserklärung | FB 32 |
| Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit | DEZ IV |
| Führungszeugnis | FB 33 |
| Geburtsurkunde und –bescheinigung | FB 33 |
| KaVKA – Kataster zur Erfassung von Verdunstungskühlanlagen | FB 32 |
| Kindertagesbetreuung | FB 51 |
| Kraftfahrzeugkennzeichen | FB 36 |
| Mängel melden | FB 01 |
| Musikschule | DEZ IV |
| Parkerleichterungen für Schwerbehinderte | FB 36 |
| Schwerbehindertenausweis | FB 50 |
| Sondernutzung von Straßen und Verkehrsraumeinschränkung | FB 36 |
| Sterbeurkunde | FB 33 |
| Tätigkeitsanzeige und -erlaubnis | FB 36 |
| Tiertransporte | FB 39 |
| Transport- und Vermittlungsgenehmigung für Abfall – Anzeige und Erlaubnisverfahren | FB 32 |
| Ummeldung | FB 33 |
| Unterhaltsvorschuss | FB 51 |
| Unternehmensanmeldung und -genehmigung | FB 36 |
| Untersuchungsberechtigungsschein | FB 33 |
| Wahlhelferanmeldung und –verpflichtung | FB 33 |
| Wahlschein und Briefwahl | FB 33 |
| Wochen- und Spezialmärkte | FB 36 |
| Wohngeld | FB 50 |
| Zulassung für reglementierte Berufe | FB 53 |